

Der heisse Kampf ums Klimaschutzgesetz

Es ist die wohl brisanteste Vorlage am Abstimmungssonntag vom 18. Juni: der Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Was ändert sich? Von Benjamin Rosch

1 Worüber stimmen wir am 18. Juni ab?

Das Klimaschutzgesetz sieht vor, dass die Schweiz bis ins Jahr 2050 klimaneutral wird. Zu diesem Fernziel – auch bekannt als Netto-null-Ziel – hat sich die Schweiz bereits 2017 im Pariser Klima-Abkommen verpflichtet. Dies bedeutet, dass die Schweiz nur so viel Kohlenstoff in die Atmosphäre ausstossen darf, wie sie selbst auch wieder aufnehmen kann: durch Böden, Wälder und technische Lösungen, die es derzeit aber noch nicht im benötigten Umfang gibt. Bis dorthin gibt es Zwischenziele, welche die Schweiz erreichen soll.

2 Was bedeutet das konkret?

Zunächst einmal heisst es, dass die Schweiz ihren derzeitigen CO₂-Ausstoss deutlich verringern muss. 26 Prozent der Schweizer Treibhausgasemissionen werden durch Gebäude verursacht. Das ist der Grund, weshalb das Klimaschutzgesetz im Kern ein Heizersatzprogramm ist: Wer seinen Öl- oder Gaskessel gegen eine Wärmepumpe tauscht, soll rund 10000 Franken erhalten. Das Programm ist auf zehn Jahre angelegt und kostet den Bund insgesamt bis zu 2 Milliarden Franken.

3 Ist das alles?

Nicht ganz. Auch Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, klimaneutral zu werden. Der Bund reserviert Finanzhilfen in Höhe von 200 Millionen Franken jährlich bis 2030 für neue Technologien und Prozesse, etwa Hochleistungswärmepumpen. Der Bund selber will dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und bereits bis 2040 klimaneutral sein. Auch die Kantone sind angehalten, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Sie sollen weitere Gesetze und Verordnungen erlassen, um die Klimaziele einzuhalten.

4 Wie kam es zu diesem Gesetz?

An dessen Ursprung steht die Gletscherinitiative. Diese wollte in die Verfassung schreiben, dass die Schweiz per 2050 vollständig aus fossilen Energien aussteigt. Was selbst die Initianten als radikal bezeichneten, ging schliesslich seinen Gang durch die parlamentarischen Instanzen. Dabei resultierte der vorliegende, indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, worauf die Initianten ihr Anliegen bedingt zurückzogen. Das bedeutet, dass wir über die Gletscherinitiative doch noch abstimmen, falls das Klimaschutzgesetz an der Urne scheitern sollte.



Der schmelzende Aletschgletscher als Sinnbild für die Klimakrise: Unterstützt das Volk die Massnahmen?

BILD KEY

5 Warum stimmen wir dann noch darüber ab?

Im Parlament stellten sich die Parteien ziemlich geschlossen hinter das Gesetz. Die SVP aber ergriff das Referendum und bezeichnet den Artikel als «Stromfresser-Gesetz». Sie ist nicht die einzige Gegnerin. Gastrosuisse unterstützt das Referendum genauso wie der Zürcher KMU- und Gewerbeverband.

6 Die SVP gegen den Rest: Das erinnert an die Abstimmung zum CO₂-Gesetz, welche die Volkspartei gewann.

Die Ausgangslage ist auf den ersten Blick ähnlich. Es gibt allerdings wesentliche Unterschiede, zunächst einmal inhaltlich: Das gescheiterte CO₂-Gesetz wollte dem Klimawandel mit Verboten und höheren Abgaben, etwa auf Benzin, begegnen. Das Klimaschutzgesetz hingegen verfolgt eine andere Strategie: Wer in eine Gebäudesanierung investiert, erhält Geld vom Staat.

Auch personell ist die Situation eine andere: Der aktuelle Energieminister heisst Albert Rösti und ist Mitglied der SVP. Die Partei muss das Referendum also gegen den eigenen Bundesrat führen.

7 Was sind die umstrittenen Punkte der Vorlage?

Es sind vor allem zwei Dinge: die Kosten und die Gefahr einer Stromlücke. Bei den Kosten geistern teilweise astronomische Summen umher: bis zu 387 Milliarden soll das Klimaschutzgesetz kosten, behauptet die SVP mit Verweis auf eine ETH-Studie. Dies stimmt so allerdings nicht. Wenn beispielsweise ein Transportunternehmen seine Lkw-Flotte ersetzen muss, dann fallen so oder so Kosten an – ob elektrisch oder nicht. Der Anteil des Klimaschutzgesetzes an den postulierten 387 Milliarden ist kaum eruierbar. Und Prognosen bis 2050 ist ohnehin mit einer Prise Misstrauen zu begegnen. Unbestritten ist, dass die Klimawende kostet.

Die Kantone sind angehalten, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Sie wollen weitere Gesetze und Verordnungen erlassen.

8 Und was ist mit der Stromlücke?

Auch hier scheiden sich die Geister, weil kaum jemand so weit in die Zukunft blicken kann, wie es das Gesetz vorsieht. Es liegt allerdings auf der Hand, dass mit einem Umstieg von fossilen Brennstoffen auf elektrische Energie mehr Strom gebraucht wird – und die Schweiz bereits jetzt immer mehr Strom verbraucht. Der Zubau von Energieanlagen schreitet voran, aber ob es am Ende reicht, weiss niemand.

9 Und wer unterstützt die Vorlage?

Alle anderen grossen Parteien von Mitte bis SP. Noch offen ist die Parolenfassung der FDP, allerdings haben sich dort die Kantonalpräsidenten einstimmig für ein Ja ausgesprochen. Für eine Annahme plädieren auch der Wirtschaftsverband Economie-suisse, Umweltverbände und eine Allianz von 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Klimakrise zwingt uns zum Handeln

Das Klimaschutzgesetz weist den Weg in die Zukunft. Denn davon profitieren alle: die Hauseigentümer, die Mieter und die Wirtschaft.

Von Martina Munz

+ Daran gibt es nichts zu rütteln: Die Klimakrise zwingt uns zum Handeln. Hochwasser, Dürren, Bergstürze und schneearme Winter schädigen unsere Volkswirtschaft in Milliardenhöhe. Der russische Angriffskrieg zeigt, wie abhängig wir von autokratischen Regimen sind. Statt jährlich 8 Milliarden Franken für Öl, Gas und Uran ins Ausland zu schicken, sollten wir das Geld lieber in der Schweiz investieren und so unsere Energieversorgung sichern.

Das Klimaschutzgesetz weist den Weg in die Zukunft: Mit konkreten Fördermassnahmen wird der ökologische Umbau beschleunigt. Dieser erfolgt sozialverträglich und wirtschaftlich tragbar, denn das Gesetz sieht keine neuen Verbote oder höhere Energiepreise vor, welche das Portemonnaie der Bevölkerung belasten. Im Gegenteil, es gibt Fördergelder, um die Energie effizienter zu nutzen und die fossilen Energien zu ersetzen. Fossile Heizungen verursachen noch immer ein Viertel der Schweizer CO₂-Emissionen. Der Heizungsersatz wird über die nächsten zehn Jahre mit jährlich 200 Millionen Franken gefördert. Kombiniert mit einer Dach- oder Fenstersanierung, können etliche Haushalte rasch in Richtung Klimaneutralität vorwärtsschreiten. Auch beim Strom können wir

dank energiesparender Wärmepumpen leistungsfähiger werden. Elektroheizungen und Elektroboiler verbraten den wertvollen Winterstrom völlig ineffizient, das sind die wahren Stromfresser. Vom Klimaschutzgesetz profitieren Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, weil für sie die Investition attraktiv wird. Mieterinnen und Mieter können sich über tiefere Nebenkosten freuen. Zu den Gewinnern gehören auch Gewerbetreibende und die Industrie, denn für die Dekarbonisierung der Prozesse werden jährlich weitere 200 Millionen Franken bereitgestellt. Damit kann die Wirtschaft ohne Wettbewerbsnachteil in umweltfreundliche Technologien investieren. Neue Arbeitsplätze entstehen, Innovation wird gefördert.

Sagen wir Ja zu einer klimaneutralen Schweiz ohne Verbote oder höhere Kosten. So gewinnen wir alle.



Martina Munz
SP-Nationalrätin, SH

Energiesicherheit wird geschwächt

Die Energiestrategie 2050 wird zu einer Stromknappheit führen, da man das Bevölkerungswachstum völlig falsch einschätzt.

Von Mike Egger

- Im Gegensatz zum offiziellen Titel «Klimaschutzgesetz» wird die Energiesicherheit mit diesem nicht gestärkt, sondern massiv geschwächt. Das Gesetz verlangt bis 2050 das Netto-null-Ziel bezogen auf den CO₂-Ausstoss. Dafür müssten faktisch alle Strassenfahrzeuge elektrifiziert und alle fossilen Heizungen ersetzt werden, die heute rund 60 Prozent aller Heizungssysteme ausmachen.

Zwar hat seit 2001 der Stromverbrauch in der Schweiz pro Kopf um 10 Prozent abgenommen, dank erhöhter Energieeffizienz durch innovative Technologien. Ebenso konnte der CO₂-Ausstoss pro Kopf in den letzten zehn Jahren um rund 20 Prozent reduziert werden. Mit diesen Spitzenwerten sind wir wahrscheinlich das einzige moderne Industrieland in Europa, welches die Zwischenziele des Pariser Klima-Abkommens pro Kopf erfüllen würde.

Jedoch hat als Folge des massiven Bevölkerungswachstums der absolute Stromverbrauch um 6,4 Prozent zugenommen. Bei der verfehlten Energiestrategie 2050, welche uns zu einer Stromknappheit führt, hat man das Bevölkerungswachstum völlig falsch eingeschätzt. So ging man damals davon aus, dass bis 2050 in der Schweiz 9 Millionen Menschen leben wer-

den, aber diese Zahl wurde bereits jetzt erreicht.

Anstatt die missratene Energiepolitik endlich zu korrigieren, wird die Widerspruchspolitik in Bern munter fortgesetzt und mit dem unsäglichen Stromfresser-Gesetz, welches rund 387 Milliarden Franken kostet, wird der Stromverbrauch nochmals massiv steigen.

Die Befürworter des Gesetzes weisen auf die Notwendigkeit von mehr Energieeffizienz und Einsparungen hin. Darunter verstehen sie beispielsweise die Senkung der Raumtemperaturen auf 19 Grad, Duschen zu zweit oder Einschränkungen beim Lebensmittelkonsum. Beim riesigen Elefanten im Raum, der massiven Zuwanderung, tun sie so, als gäbe es ihn gar nicht.



Mike Egger
SVP-Nationalrat, SG